

solche Teilnahmslosigkeit gewöhnt. In der Diskussion kamen an jenem Abend alle Möglichkeiten zum Vortrag, die sich der Lösung der Bibliothekenrabattfrage entgegenstellen könnten, und von einigen Seiten wurde direkt davor gewarnt, die bisherigen Verbindungen irgendwie anders gestalten zu wollen; doch behielt schließlich die Überzeugung die Oberhand, sich in der Angelegenheit von dem übrigen Buchhandel Deutschlands nicht trennen zu können und trotz aller Bedenken den in Berlin noch geltigen hohen Rabatt von 10 Prozent zu kündigen. Von Einfluß war auch der Wunsch, im übrigen Buchhandel nicht länger als einer der Störenfriede zu gelten, für die Berlin und Leipzig immer (als Hindernisse für eine Gesundung des Sortiments) angesehen wurden, so daß sich nach und nach eine feindselige Stimmung gegen diese beiden Städte herausbildete, unter der auch der lokale Verlag zu leiden hatte. Wenn sich Leipzig weiter ablehnend verhalten will, müssen wir es ihm überlassen, diese Ausnahme allein zu bilden.

Am 9. Oktober 1905 fand die außerordentliche Versammlung der Vereinigung statt, in der die Beschlusfassung über den Bibliothekenrabatt auf der Tagesordnung stand. Nach nochmaliger eingehender Besprechung wurde einstimmig der Antrag angenommen, den bisherigen Rabatt zum 1. April 1906 zu kündigen und von da ab nur noch 5 Prozent resp.  $7\frac{1}{2}$  Prozent an die Bibliotheken etc., den Berliner Magistrat eingeschlossen, zu geben. Diesen Beschluß gab der Vorstand des Vereins auf einer Versammlung der Delegierten der Kreis- und Ortsvereine in Weimar öffentlich kund, er wurde vom Vorstand des Börsenvereins bestätigt und dadurch für alle Buchhändler eine zwingende Vorschrift, die seitens der Vereinigung hier in Berlin allen Beteiligten rechtzeitig bekannt gemacht worden ist.

Um den einzelnen Firmen, die mit den Kündigungen des bisherigen Rabatts verbundenen Erklärungen der hierfür maßgebenden Gründe usw. zu erleichtern, hat der Vorstand der Vereinigung im Dezember v. J. an alle in Betracht kommenden Ministerien und Behörden eine ausführliche Eingabe gerichtet und gebeten, die unterstellten Bibliotheken anzuweisen, vom 1. April 1906 an die Bücherlieferungen der Buchhändler zu dem neuen Tarife anzunehmen; ebenso ist an alle Bibliotheksvorstände eine ähnliche Rundgebung gerichtet und gebeten worden, dem Sortiment in der Rabattangelegenheit entgegenzukommen. Der Erfolg ist sehr verschieden gewesen. Während das Finanzministerium und das Ministerium des Innern auf die Eingabe gemeinsam erwiderten, daß sie bereits im Jahre 1892 die ihnen untergebenen Stellen angewiesen hätten, sich mit  $7\frac{1}{2}$  Prozent bzw. 5 Prozent Rabatt zu begnügen (übrigens eine Anweisung, die nie in die Öffentlichkeit gekommen und dem Buchhandel dadurch völlig unbekannt geblieben ist), schwiegen die übrigen Ministerien usw. völlig, was für die Buchhändler wie für die Bibliotheken um so unangenehmer war, als die letztern dadurch keine Möglichkeit hatten, die Lieferungen vom 1. April an zu dem neuen Tarif anzunehmen, auch wenn die betreffenden Bibliothekare die Begründung der Rabattminderung als durchaus richtig anerkannten. Andererseits stand aber auch eine Anzahl Bibliothekare unsrer Rabattbewegung geradezu feindlich entgegen und machte im Centralblatt für Bibliothekswesen Front, indem uns vorgeworfen wurde, daß die zu Ostern 1903 mit den Bibliothekaren vereinbarten Sätze nicht eingehalten würden! Nun ist aber schon oben hervorgehoben worden, daß jene Verhandlungen kein definitives Resultat gezeitigt hatten, von einer Verpflichtung also gar keine Rede sein konnte, am wenigsten beim Berliner Sortiment, das damals garnicht um seine Meinung gefragt

worden war und es sich gewiß nicht hätte gefallen lassen, von außerhalb Vorschriften für seine inneren Angelegenheiten aufgezwungen zu erhalten. Der Wunsch aber, die Bibliothekenrabattfrage in aller Ruhe zu erledigen und jede Schärfe zu vermeiden, hat den Vorstand der Vereinigung veranlaßt, auf die die Rabattfrage behandelnden Artikel des Centralblattes nichts zu erwidern, zumal er der Überzeugung war, daß diese von den leitenden Stellen der Ministerien nicht gebilligt würden. Hier konnten nur Beweise für die von ihm behauptete mißliche Lage des Sortiments in Frage kommen, und er hat nicht gezögert, diese zu beschaffen, als endlich im April dadurch die Sache auch bei den Ministerien, vor allem beim Kultusministerium in Fluß kam, daß die Bibliotheken über die am 1. April eingetretene Lage Bericht erstatteten. Denn von diesem Zeitpunkt an mußten die Lieferungen seitens der Buchhändler bei allen Bibliotheken, die sich gegen die neuen Lieferungsbedingungen ablehnend verhielten, eingestellt werden, was für beide Teile recht fatal und Veranlassung war, das Ministerium um eine Entscheidung anzurufen. Von unsrer Seite ist auch der Vorstand der Korporation gebeten worden, seine Stimme zu unsern Gunsten mit in die Waagschale zu werfen; diesem Gesuche ist sofort entsprochen worden, was wir hierdurch mit bestem Dank berichten.

Nach langen Verhandlungen hat sich das Kultusministerium, dessen Verhalten für die meisten übrigen Ministerien als Vorbild dient, bereit erklärt, unsern Wünschen zu entsprechen und die neuen Lieferungsbedingungen unter gewissen Übergangszugeständnissen anzuerkennen, so daß Herr Siegismund auf der diesjährigen Ostermesse von unserm Erfolg Mitteilung machen konnte. Die schriftliche Ausfertigung dieser Anerkennung ist zwar noch nicht erfolgt, immerhin darf die Sache als abgemacht angesehen werden, und in diesem Sinn hat der Vorstand der Vereinigung jetzt eine Mitteilung an seine Mitglieder verschickt, zugleich mit der Bekanntgabe der Übergangsbestimmungen, nach denen eine allseitige Regelung der Rabattfrage allerdings erst zum 1. April 1907 in Aussicht steht. Hoffentlich führen die jetzt schwebenden Verhandlungen mit dem Berliner Magistrat zu einem gleichen Resultat.

Im Vorstand der Vereinigung bestand von Anfang an der lebhafteste Wunsch, einen Kampf wegen des Bibliothekenrabatts in jeder Form zu vermeiden, einestheils um den hiesigen Sortimentern die mit einem solchen Kampf verbundenen Unannehmlichkeiten, Aufregungen und möglichen Verluste zu ersparen, andererseits weil sich innerhalb und außerhalb des Vereins auch recht unsichere Leute befinden. Man sollte meinen, daß ein Geschäftsmann, der genau nachrechnet, ob er etwas verdient oder nicht, im verneinenden Falle selbstverständlich dafür eintritt, einen Gewinn zu erzielen; aber unter den Sortimentern trifft man eher das Gegenteil. Wenn sie überhaupt das Verhältnis der Spesen zum Gewinn berechnen würden — vielfach geschieht das garnicht — hätten sie längst dazu kommen müssen, den Rabatt abzuschaffen; indessen ist ein gemeinsames festes Handeln schwer zu erzielen, da immer einige vorhanden sind, die gerade dadurch, daß sie sich nicht anschließen, selbstsüchtige Zwecke verfolgen können und für sich Erfolge erzielen, die der Gesamtheit schädlich sind. Wir hörten, daß einigen Bibliothekern die Lieferungen zu den bisherigen Bedingungen angeboten worden sind und daß sich eine Firma sogar anheischig macht, jedes Buch 14 Tage nach Erscheinen antiquarisch zu liefern; wir wissen also, daß Versuche gemacht werden, unsere Bestrebungen zu durchkreuzen und den Widerstand einzelner Bibliothekare zu stärken. Selbst Drohungen wurden seitens einiger Bibliotheken laut, dahingehend, daß ihr gesamter Bedarf von auswärts bezogen oder hier in einzige Vertriebs-